



DER NEUE EU-MIGRATIONSPAKT

Was steckt dahinter?



Seit 2016 ist der neue Migrationspakt der EU-Kommission in Planung, um das Asyl- und Migrationssystem besser zu organisieren. Die humanitäre Lage in den Flüchtlingslagern an den europäischen Außengrenzen hat sich in den letzten Jahren zusehends verschlechtert. In der Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit steht diese Situation allerdings vor allem seit dem Brand im Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos im September 2020. In Reaktion darauf schlug die EU-Kommission den EU-Mitgliedstaaten am 23.09.2020 den "New Pact on Migration and Asylum" vor. Er tritt erst in Kraft, wenn die EU-Mitgliedstaaten zustimmen und bisher ist keine Einigung in Sicht. Dennoch spiegelt der Pakt die grundlegenden Vorstellungen von Migration und Flucht der EU-Staaten wider. Wie werden diese Vorstellungen von Expert*innen, Jurist*innen und Wissenschaftler*innen eingeordnet?

Migration als

Bedrohung und Belastung?



Der Pakt beruht auf dem Mythos, Migration sei eine Belastung für Gesellschaften und überfordere diese. Gerade im Zuge der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass Betriebe (insbesondere im Baugewerbe und in der Gastronomie) auf grenzüberschreitende Mobilität angewiesen sind. Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit üben verhältnismäßig öfter systemrelevante Berufe aus als deutsche Staatsangehörige. Ein großer Teil der Menschen, die 2015 als Geflüchtete nach Deutschland kamen, hat Positionen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt angenommen, für die händeringend nach Personal gesucht wurde.

58% der Menschen aus den hauptsächlichen Asylherkunftsländern arbeiten in systemrelevanten Berufen. Bei den deutschen Staatsbürger*innen sind es **52%**.¹

Im Pakt spiegelt sich die Vorstellung eines „Sogeffekts“ durch die Aufnahme von Geflüchteten in Europa wider. Wissenschaftlich ist nicht nachgewiesen, dass die Aufnahme von Geflüchteten dazu führt, dass sich mehr Menschen auf den Weg nach Europa machen. Der Hauptgrund für Flucht sind massive bewaffnete Konflikte oder der Zusammenbruch des Staates im Heimatland. Europas Asyl- und Migrationspolitik verändert diese Konflikte nicht – sie kann aber einen Beitrag dazu leisten, Menschenleben zu retten.

Das Boot ist voll!



Nur eine Minderheit der Menschen möchte nach Europa. Eine Flucht benötigt hohe finanzielle Mittel, Wissen, soziale Netzwerke und birgt lebensbedrohliche Risiken. Die meisten Menschen wollen dort bleiben, wo ihre Familie und ihre Freund*innen sind.²





Abschottung statt Schutz?

Der Vorschlag zum neuen Migrationspakt sieht vor, erheblich mehr Geld in die Kontrolle der Außengrenzen zu investieren. Auch die EU-Grenzagentur Frontex, die für die Überwachung der europäischen Außengrenzen zuständig ist, soll deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Frontex ist in der Vergangenheit immer wieder wegen illegalen Abschiebungen, sogenannten "Push-Backs", und Menschenrechtsverletzungen in Kritik geraten.³

Wissenschaftler*innen können nicht bestätigen, dass internationale Flucht- und Migrationsprozesse durch mehr „Grenzschutz“ kontrolliert werden können. Sie zeigen vielmehr, dass Menschen unabhängig von Grenzschließungen fliehen und Abschottung zu gefährlicheren Fluchtrouten und mehr Toten führt.⁴

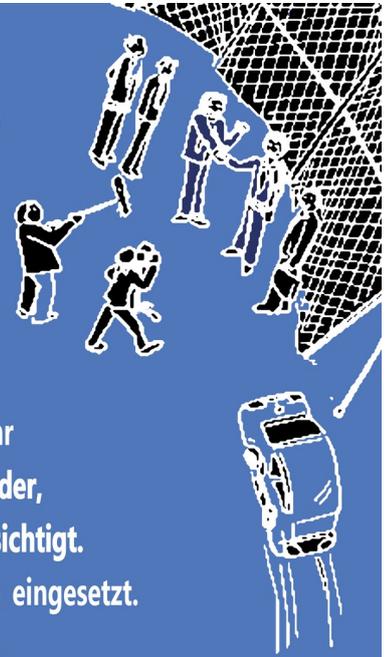


„Im Vergleich zur Förderperiode 2006-2013 (2,4 Mrd. €) will die EU-Kommission die Investitionen in das Grenzmanagement in der nächsten Förderperiode 2021-2027 (21,3 Mrd. €) mehr als verzehnfachen.“⁵

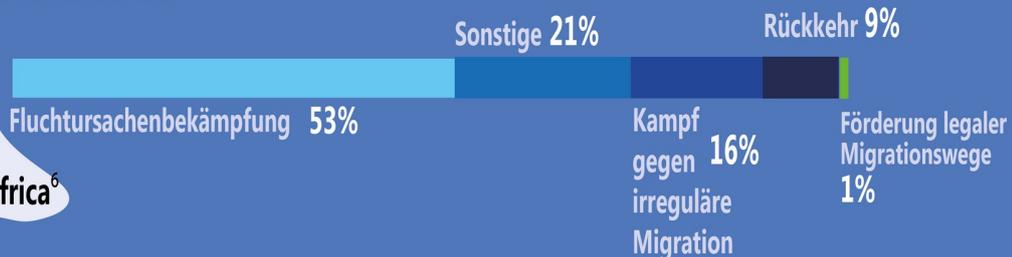
Im neuen Pakt sind außerdem „Rückführungspartnerschaften“ vorgesehen. Mitgliedstaaten, die sich weigern, Geflüchtete aufzunehmen, sollen sich demnach stattdessen um deren Abschiebung kümmern. Der Migrationspakt verschiebt damit aus Sicht von Expert*innen den Fokus des Asylsystems weg von der Aufnahme Schutzsuchender hin zur Forcierung von Rückführungen.³

Entwicklungszusammenarbeit oder Abschreckung?

Der Pakt sieht vor, verstärkt Abkommen mit Staaten abzuschließen, aus denen viele Migrant*innen kommen. Diese Art von Zusammenarbeit gibt es bereits. Sie ist bisher allerdings einseitig auf die Verhinderung irregulärer Migration und die Rückkehr unerwünschter Migrant*innen ausgerichtet. Das Hauptanliegen der Herkunftsländer, mehr legale Einreisemöglichkeiten in die EU zu schaffen, wird dagegen kaum berücksichtigt. Auch Entwicklungsgelder werden vermehrt zur Verhinderung irregulärer Migration eingesetzt. Dies zeigt zum Beispiel der EU Emergency Trust Fund for Africa, einer der wichtigsten Entwicklungshilfe-Fonds der EU:



Verteilung des EU Emergency Trust Fund for Africa⁶



Die aktuellen Pläne der EU-Kommission führen diese Politik weiter. Sie sehen restriktive Visa-Politiken gegenüber Ländern vor, die bei Rückführungen nicht kooperieren. Die Pläne zur Eröffnung legaler Fluchtwege bleiben nach wie vor auf Hochqualifizierte und Fachkräfte beschränkt. Verschiedene Studien legen jedoch nahe, dass besonders fehlende legale Wege für niedrig- bis mittelqualifizierte Migrant*innen zu hohen Raten irregulärer Migration führen.⁷



Flüchtlingslager:

Ist ein Ende der Katastrophe in Sicht?

Neben der bekannt desaströsen Lage in Moria werden auch in anderen Regionen an den EU-Außengrenzen Menschen ohne ausreichend gesundheitliche Versorgung unter katastrophalen Bedingungen in Lagern festgehalten.

Der neue Pakt sieht vor, dass Schutzsuchende an den Außengrenzen sogenannte "Pre-entry Screenings" durchlaufen und dabei im Schnellverfahren die abgesprochen werden, die nach Einschätzung der Grenzbeamt*innen keine Chance auf Asyl haben.

Expert*innen befürchten, dass rechtsstaatliche Prinzipien in den Schnellverfahren nicht gewährleistet werden können.⁸ Die Öffentlichkeit hat nicht den gleichen Zugang zu den Grenzräumen wie in regulären Prozeduren und kann nicht unterstützend und regulierend mitwirken.



Dies kann dazu führen, dass legale Rahmenbedingungen nicht eingehalten werden. Die Anerkennungsraten bestätigen diese Befürchtung:

Anerkennungsrate für Asylsuchende

in den Grenzschnellverfahren: 7% - 10%

Insgesamt 2019 in der EU+⁹: 33%

Im Krisenfall kann die Dauer der Inhaftierung in Grenzgefängnissen auf **10 Monate** verlängert werden. Es wird den EU-Mitgliedsstaaten überlassen, wie sie Asylsuchende in diesem Zeitraum unterbringen.

Entgegen der Argumentation der EU-Kommission befürchten Jurist*innen, dass der Pakt zu vermehrter und langfristiger Lagerunterbringung und einer Verstärkung von Inhaftierung führt, wobei die Einhaltung von Menschenrechten nicht gewährleistet werden kann.¹⁰

Was sind Alternativen?

Migration Policy Institute

„Wenn Asylsuchende weiterhin an der Weiterreise in andere europäische Länder gehindert werden, werden Lager wie Moria zu einem integralen Pfeiler der zukünftigen EU-Asylpraxis.“ - Hanne Beirens (eigene Übersetzung)¹¹

Um eine unmenschliche Unterbringung von Geflüchteten an den Außengrenzen zu verhindern, muss die EU sich dafür einsetzen, dass Geflüchteten die Weiterreise von den griechischen Inseln oder anderen Hotspots an den Außengrenzen auf das europäische Festland und andere EU-Staaten ermöglicht wird. Lokale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Bewegungen zeigen, dass eine Aufnahme von Geflüchteten vielerorts möglich und erwünscht ist. Die EU sollte eine zügige Verteilung von Geflüchteten auf die Mitgliedstaaten vorantreiben und Staaten, die sich weigern Geflüchtete aufzunehmen, vermehrt unter Druck setzen.

European Policy Center

„Für eine Zusammenarbeit mit Drittstaaten auf Augenhöhe muss die EU den Vorrang von Rückkehr-Kooperation aufgeben, reale Möglichkeiten für legale Migration schaffen und die Kopplung von Entwicklungsgeldern an die Verhinderung von Migration beenden.“ - Alberto-Horst Neidhardt & Olivia Sundberg Diez⁸

Legale Migrationswege sollten dabei nicht nur den globalen Wettbewerb um Fachkräfte weitervorantreiben, sondern es sind auch legale Einreisemöglichkeiten und Schutzgarantieren für niedrig- und mittelqualifizierte Migrant*innen, etwa zu Ausbildungszwecken, nötig.

European Council on Refugees and Exiles

„Die EU sollte eine eigene Seenotrettung im Mittelmeer finanzieren.“ - ECRE (Joint Statement)¹²

Außerdem müssen Kriminalisierung und Behinderung ziviler Seenotrettung umgehend beendet werden, um dem Sterben ein Ende zu setzen.

„Die Kommission muss sicherstellen, dass schnelle und faire Verfahren nicht nur auf dem Papier bestehen“. - Daniel Thym¹⁰

Sachverständigenrat für Integration und Migration

Anstatt neue Verfahrensregeln aufzustellen, sollte die EU sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten bereits geltende (mensen-)rechtliche Standards einhalten. Dies könnte durch einen EU-finanzierten, unabhängigen Grenzüberwachungs-Mechanismus umgesetzt werden, der sich auf etablierte Menschenrechtsinstitutionen stützt und sicherstellt, dass die Verfahren rechtmäßig ablaufen und es keine Grundrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen gibt.



Weitere Informationen findet
ihr auf:

wassteckdahinter.webflow.io

Herausgeberin:

Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung,
Sebastianstraße 21, 10179 Berlin

Grafik: Marta Borowski

Text: Dorothea Biaback Anong & Lina Tietze

Illustration: Regina Prade

Druck: Hinkelstein Druck Berlin

Kontakt: lina.tietze@bildungswerk-boell.de

Realisiert mit Mitteln der deutschen Klassenlotterie

Quellen:

- 1 Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (2020): IAB-Forschungsbericht. Fünf Jahre „Wir schaffen das“ Eine Bilanz aus der Perspektive des Arbeitsmarktes.
- 2 Duvell, F. / Schiefer, D. (2020): Migrationsaspirationen von syrischen Flüchtlingen in der Türkei vor dem Hintergrund ihrer familiären Situation. DeZIM Institut.
- 3 Cusumano, E. (2018): The sea as a humanitarian space: Non-governmental Search and Rescue dilemmas on the Central Mediterranean migratory route. *Mediterranean Politics* 2018, 3: 387-394.
- 4 Bojadžijev, M. / Karakayali, S. (2007): Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode. In: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: 203–209.
- 5 Europäische Union (2020): Europa schützt seine Grenzen. Europäische Kommission, 22.01.2021.
- 6 Bartels, I. (2019): *Money against Migration - The EU Emergency Trust Fund for Africa*. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.
- 7 Newland, K. / Riester, A. (2018): *Towards a Global Compact for Migration: A Development Perspektive*. Washington DC: Migration Policy Institute.
- 8 Neidhardt, A. / Sundberg Diez, O. (2020): The upcoming New Pact on Migration and Asylum: Will it be up to the challenge?. *European Policy Center*, 20.04.2020.
- 9 European Asylum Support Office (2020): *Border Procedures for Asylum Applicants in EU+ Countries*.
- 10 Sachverständigenrat Migration (SVR): Pressemitteilung. Neuer EU-Pakt zu Migration und Asyl löst bestehende Probleme nicht umfassend und vernachlässigt reguläre Zugangswege, 28.09.2020.
- 11 Beirens, H. (2020): *Greece's Moria Tragedy: The Crash Test for the EU pact on Migration and Asylum*. September 2020.
- 12 European Council on Refugees and Exiles (ECRE) (2020): *Joint Statement: The Pact on Migration and Asylum: to provide a fresh start and avoid past mistakes, risky elements need to be addressed and positive aspects need to be expanded*, 06.10.2020.